

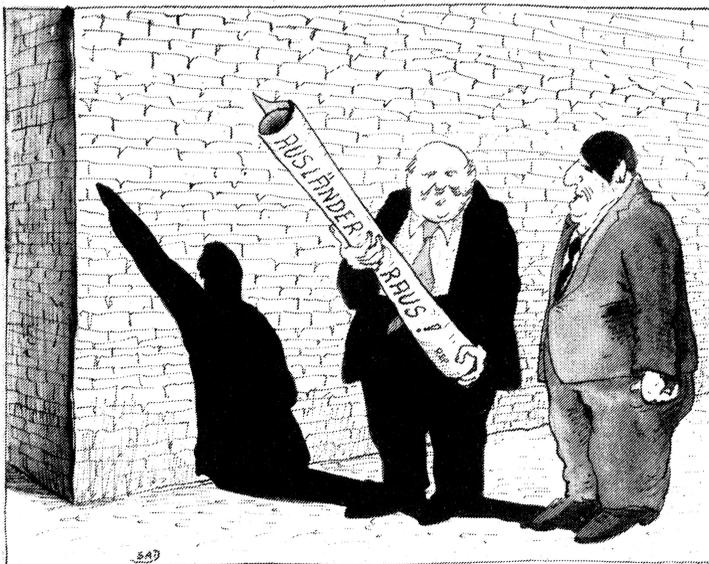
der „Republikaner“ ist das allerdings kein Wunder, Für Neonazis im Staatsdienst gibt es natürlich auch keine Berufsverbote, obwohl sich das Gesetz dafür „Radikalerlaß“ nennt.

Die Worte Brechts, „der Schoß ist fruchtbar noch aus dem das kroch“, treffen, wie die Entwicklung des Neonazismus in der BRD beweist, ins Schwarze. Nationalistische und faschistische Ideen und ihre Träger haben in der BRD einen guten Nährboden. Das hat seine Ursachen bereits in der Gründung dieses Staates. Er entstand in Verletzung der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens. Sein ihm von den Westmächten zugedachter Status war es, in Europa ein Bollwerk gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten sowie gegen die antiimperialistischen Bewegungen in Westeuropa zu errichten.

Bereits vor Gründung der BRD hatten die westlichen Besatzungsmächte die Bestrafung der Kriegsverbrecher und die Beseitigung der Wurzeln von Faschismus und Krieg, wie es das Potsdamer Abkommen forderte, hintertrieben. Mit der Gründung der BRD wurde das nicht anders.

Ziel der Monopolbourgeoisie der BRD war und ist es, das „Deutsche Reich“ in den Grenzen von 1937 wieder zu errichten. Revanchistenverbände, Landsmannschaften, Militärs mit „Kriegserfahrungen“, in antikommunistischer und nationalistischer Hetze erfahrene Medienexperten, Richter zur Absicherung der Macht und andere, bereits im Hitlerdeutschland bewährte und ausgebildete Spezialisten, wurden dazu benötigt, erhielten Amt und Würde.

Der Neonazismus hat heute in der BRD eine ganz spezifische Funktion. Maßgebliche Teile der herrschenden Klasse in der BRD wollen die Erfolge, die die Friedenskräfte im Ringen um eine Wende zur Entspannung, zu Frieden und Abrüstung in der internationalen Arena erringen konn-



„Zuerst bieten wir unser Konzept der CDU an!“

Grafik: G.Sadzinsk

ten, mit verschärftem Rechtskurs beantworten. Der Neofaschismus soll ihnen Flankenschutz bieten. Denn wo neofaschistischer Ungeist sein Unwesen treibt und neofaschistische Auffassungen und Positionen sich eine Basis schaffen können, da erscheinen - und hierum geht es vor allem - manchen Menschen konservative Ideen und Maßnahmen der Politik als solche der „Mitte“, als „gemäßigtere“.

Natürlich ist auch nicht zu übersehen, daß bestimmte gesellschaftliche Erscheinungen in der BRD neonazistischen Ideen Gehör verschaffen und ihnen neue „Kämpfer“ zuführen. Gemeint sind die unsozialen Verhältnisse, unter denen Millionen von BRD-Bürgern heute gezwungen sind zu leben. Vor allem infolge von Dauerarbeitslosigkeit und Wohnungsnot sind große Teile der BRD-Bevölkerung sozial „ausgegrenzt“. Viele, und darunter nicht wenige Jugendliche, sind von Auswegs- und Hoffnungslosigkeit erfaßt.

Demagogisch nutzen die neofaschistischen Kräfte die sozialen Probleme in der BRD. Mit faschistischen Losungen bieten sie einen „Ausweg“ an. „Deutschland

den Deutschen“ in den „Grenzen von 1937“ ist ihr Schlachtruf „Ausländer raus“ ihre Parole vom Tage. Die von der CDU/CSU seit Jahren geschürte Ausländerfeindlichkeit blieb im Zusammenhang damit nicht ohne Folgen. Teile der BRD-Bevölkerung sehen die 4,2 Millionen ausländischen Mitbürger als Konkurrenten am Arbeitsplatz oder auf dem Wohnungsmarkt an, betrachten sie als Ursache allen Übels. Nationalistische Hetze soll von den tieferen Ursachen der sozialen Notlage eines Drittels der BRD-Gesellschaft ablenken.

Die jüngsten Wahlergebnisse in Westberlin bzw. in der BRD offenbaren: Neofaschistische Demagogie, trifft sie auf Verhältnisse, wie sie dortzulande herrschen, bleibt nicht ohne Wirkung. Die friedliche und antifaschistische Öffentlichkeit Westberlins, der BRD, ja Europas aber ist alarmiert. „Gemeinsam können wir Neonazismus und militärische Gefahr stoppen!“, heißt es dazu im Gemeinsamen Appell der SED, der DKP und der SEW vom Mai 1989.

Monika Prenzel
Institut für Internationale Politik
und Wirtschaft der DDR